

Infrastrukturleistungen des Waldes marktfähig machen

Die forstliche Produktlücke

Von Udo Mantau, Hamburg *)

916:641

93/1272 ✓

Infrastrukturleistungen des Waldes werden von der Forstwirtschaft immer noch im passiven Sinne als Funktionen betrachtet. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Notwendigkeit und den Möglichkeiten, aktive Produktchancen zu nutzen. Neben Kostenberechnungen ist es erforderlich, in weitaus stärkerem Maße aus Funktionen Produkte zu gestalten, damit für die Nachfrager der Nutzen deutlicher wird und sich Preischancen öffnen.

Funktionen sind keine Produkte

Die Bedeutung der Schutz- und Erholungsfunktion (Infrastrukturleistungen) des Waldes wird schneller wachsen als die Bedeutung der Nutzfunktion. Obwohl dies für alle Waldbesitzarten gleichermaßen gilt, erlangt dies im Privatwald Deutschlands eine ganz besondere Bedeutung.

Soweit die Infrastrukturleistungen des Waldes bisher finanziert werden, erfolgte dies fast nur durch staatliche Förderung. Werden keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gefunden bzw. ermöglicht, so wird der Einfluß des staatlichen Handelns in der privaten Forstwirtschaft zwangsläufig wachsen. Dies ist aber nicht die einzige Konsequenz.

Staatliche Förderungsmaßnahmen im Privatwald sind in der Regel kosten- bzw. entschädigungsorientiert und können, auch von ihrem Selbstverständnis her, nicht gewinnorientiert sein. Entschädigungen für Einschränkungen der Nutzfunktion kompensieren die entstandenen Kosten, enthalten teilweise ein Arbeitseinkommen, bieten aber keine Verbesserung der Nettoerlöse. Natürlich ist hier die Referenzgröße von Bedeutung, denn im Vergleich zu keinerlei Entschädigung ist die Kostenersatzung bereits ein Fortschritt.

Wenn aber die Verbesserung der Ertragslage der Forstbetriebe und die Erhaltung privatwirtschaftlichen Handelns im Privatwald weiterhin ein gültiges Ziel der Forstpolitik ist, dann wird es immer wichtiger werden, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, die neben der Holzvermarktung und Kostenkompensationen auch nachfrageorientierte Angebote für Schutz- und Erholungsfunktionen einbeziehen. Dies bedeutet vor allem ein stärkeres Denken in Produktkategorien und weniger in Funktionskategorien:

Forstwirtschaftliches Denken ist produktionswirtschaftliches Denken. So hat es an der Bereitstellung der vielfältigen Leistungen des Waldes bisher nicht gemangelt. Die Grundleistungen eines Unternehmens müssen aber erst zu Produkten geformt werden, damit sie über Instrumente, i.d.R. Vertragsformen, auf einem Markt zu den Zielgruppen finden, die damit einen bestimmten Bedarf decken können. So läßt sich beispielsweise auch die Holzproduktionsfunktion nicht vermarkten. Erst das Produkt "Fichte B, Stärkeklasse H3", für das es Kaufverträge, Sortierungsbestimmungen, Verkaufs- und Zahlungsbedingungen und Übereignungsregeln gibt, ist mittels dieses vertraglichen Teils der Produktstruktur dem wirtschaftlichen Austauschprozeß zugänglich. Die Holzproduktionsfunktion an sich ist es nicht und hätte somit auch keinen Preis.

Die Leistungen des Waldes haben keinen Preis, solange sie nur als Funktionen und nicht als Produkte definiert sind. Zwischen der Erbringung einer Leistung und ihrem Angebot als Produkt steht ein eigener Produktionsprozeß, der der Leistung all jene Zusatzattribute verschafft, die sie für den Nutzer anwendbar machen und damit Nutzen schaffen.

Daß es trotzdem zu Zahlungen für Infrastrukturleistungen kommt, liegt vor allem daran, daß die Nachfrager sich einzeln bereits die Produkte selbst schaffen. Dies wird auch von BRABÄNDER (1) für den Vertragsnaturschutz so gesehen.

"Selbst dort, wo der lokale Bedarf an den von der Forstwirtschaft unentgeltlich abgegebenen Dienstleistungen nicht hinreichend befriedigt wird und von der Nachfrageseite Preisangebote gemacht werden, wie neuerdings im sogenannten Vertragsnaturschutz, steht die Forstwirtschaft noch in den Anfängen, sich mit dieser Situation zurechtzufinden."

Dieses Defizit soll unter dem Stichwort "Produktlücke" zusammengefaßt werden. Die zahlreichen Leistungen des Waldes werden zwar überwiegend produziert bzw. erhalten, aber solange sie nicht in Produktideen umgesetzt sind, können sie nur über Entschädigungen oder staatliche Förderung finanziert werden (Abb. 1).

Auch bei der staatlichen Nachfrage gehen die Impulse überwiegend von der Nachfrageseite aus. Mit der Waldbiotopkartierung verschafft sich der Staat zunächst eine Übersicht über das vorhandene Potential an Naturschutzprodukten. Mit Hilfe von Ausgleichsleistungen sollen die privaten Waldbesitzer zur Durchführung der Naturschutzziele bewegt werden.

Die Grenzen des Vertragsnaturschutzes sind einerseits rechtlicher Art, andererseits ökonomischer Art (vgl. 2). Die ökonomische Grenze des Vertragsnaturschutzes (zumindest in der Form, wie er zur Zeit überwiegend diskutiert wird) liegt in seinem Ausgleichscharakter. So heißt es in dem "Verfahren zur Herleitung von Ausgleichsleistungen für Waldflächen aus Gründen des Natur- und Biotopschutzes (Waldökologie-Richtlinie, Baden-Württemberg)":

"Ausgleichsleistungen sind nur dann zu berechnen, wenn aufgrund der standörtlichen Gegebenheiten eine wirtschaftlich höherwertige Nutzung überhaupt möglich ist."

Hier soll nicht etwa die Richtlinie kritisiert werden. Es ist auch unbestritten, daß die staatlichen Förderungsmaßnahmen mangels Alternative sinnvoll sind. Anhand der obigen Formulierung wird aber der Kompensationscharakter gegenwärtiger Denkstrukturen sehr deutlich.

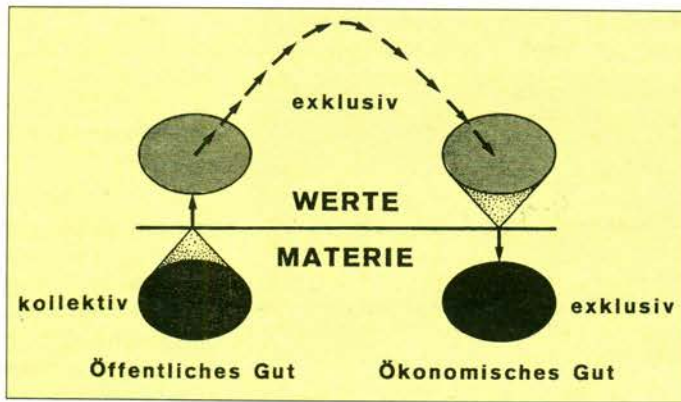
Gedanklich wird er fortgesetzt, indem sich die Frage anschließt, wie die zu kompensierenden Kosten denn berechnet werden können. Niemand bestreitet den Wert betriebswirtschaftlicher Kosten-

Funktionen	Produkte
Holzproduktion	Holzsortimente
Jagd	Jagdpachten
Fläche	...
Erholung	...
Freizeit	...
Schutz	...
Klima	Vertragsnaturschutz
Luftfilter	...
Lärm	...
Landschaft	?
Naturdenkmal	...
Kulturdenkmal	...
Biotop	...
Artenschutz	...
Wasserhaushalt	...

Abb. 1: Die forstliche Produktlücke. Die Funktionen (Leistungen) des Waldes und ihre Produktstruktur.

*) Prof. Dr. U. Mantau leitet den Arbeitsbereich Ökonomie im Ordinariat für Weltforstwirtschaft der Universität Hamburg.

Abb. 2: Exklusive Nutzung der Wertebene öffentliche Güter zur Werterhöhung ökonomischer Güter.



rechnung, doch können Kosten für die Wertbestimmung eines neuen Produktes nur eine von vielen Größen sein. Für die praktische Preisfindung stellen sie eine Minimalgröße dar, von der man sich möglichst weit durch Produktgestaltung und Verkaufsstrategie abzusetzen versucht. Sobald dies als möglich erscheint, reicht eine Größenordnung aus. Die exakte Berechnung im Vorfeld ist damit weniger interessant, sondern eine Frage der anschließenden faktischen Betriebsrechnung (Controlling).

„Vor allen Versuchen zu einer 'objektiven' Ermittlung der Kosten von Naturschutzmaßnahmen muß dringend gewarnt werden. Die Bestimmung eines Entscheidungswertes ist eine Kalkulation, in die zwangsläufig die Erwartungen des Entscheidungssubjektes einfließen müssen.“ Diesem Zitat von MOOG (4) ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn damit Anbieter und Nachfrager gemeint sind.

Es wird noch viel zu zaghaft der Versuch unternommen, die Infrastrukturleistungen als Produkte anzubieten und damit weitaus mehr Ressourcen für den Wald zu gewinnen, als es einer irgendwie gearteten Kostenberechnung entspricht. Statt darüber zu diskutieren, ob zwei oder acht Spechtbäume zum naturnahen Waldbau gehören, und aufwendige Kostenrechnungen mit zweifelhaften Annahmesystemen durchzuführen, wäre es sinnvoller, darüber nachzudenken, wie Verträge, Garantieleistungen, Kennzeichnung und Angebote für zwanzig Spechtbäume auszusehen haben, die in ihrem gesamten Erscheinungsbild so attraktiv sind, daß eine öffentliche Körperschaft (Stadt, Land oder Touristikverband), ein Naturschutzverband oder ein ansässiges Unternehmen sich gegenseitig im Preis überbieten.

Dies ist gegenwärtig noch eine Vision, aber forstwirtschaftliches Denken muß beginnen, sich solchen Denkstrukturen anzunähern, d.h. vorhandene Leistungen so zu gestalten, daß sie für potentielle Nutzer attraktiv werden. Dagegen steht vor allem der Einwand, daß die forst-

wirtschaftlichen Infrastrukturleistungen meist öffentliche Güter sind und deshalb auch nicht marktfähig seien. Dies ist zunächst richtig, aber dennoch bleibt Raum für erlösorientiertes Handeln (s. u.).

Öffentliche Güter

Öffentliche Güter unterscheiden sich von privaten Gütern durch folgende Eigenschaften:

1. Ein Ausschluß von der Nutzung kann nicht durchgeführt werden.
2. Es besteht keine Rivalität im Konsum, d.h. die Nutzung durch eine Person schließt die weitere Nutzung durch andere nicht aus.

Nach § 14 BWaldG ist das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung gestattet. Die öffentliche Nachfrage danach ist zwar groß, aber kaum jemand wird zunächst von sich aus die Erhaltung bewirken oder dazu einen Beitrag leisten. Jedermann kann dieses Recht nutzen und gutheißen und (normale Nutzung vorausgesetzt) steht diese Nutzung auch anderen weiterhin offen.

Die Einschränkung auf "normale" Nutzung zeigt bereits, daß auch öffentliche Güter keine freien Güter sind. Sie müssen produziert bzw. erhalten werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Zustand Markterlöse ausschließt, oder ob es Möglichkeiten gibt, zumindest in Teilbereichen, öffentliche Güter, die als erhaltenswert beurteilt werden, so zu gestalten, daß ihre Wertschätzung auch einen Preis erzielt. Daß dies nicht bedeutet, das Begehungsrecht aufzuheben, sondern auch anders erfolgen kann, beweist der Naturschutz, der in dieser Hinsicht bereits sehr erfolgreich ist, wie folgendes Beispiel zeigt.

Das Beispiel bietet eine Möglichkeit an, der noch zahlreiche Produktideen folgen müssen, um die Marktfähigkeit der Infrastrukturleistung in einem umfassenden Sinn zu erreichen. Es gibt nicht eine Produktidee, die die wirtschaftlichen Probleme einer ganzen Branche löst. Auch werden die Probleme gesehen (zeitliche Gren-

zen, Alibinutzung). Öffnung für Chancen bringt auch Risiken. Weitere, auch bessere Ideen sind also erwünscht.

Ein Unternehmen fördert in Zusammenarbeit mit dem WWF (World Wide Fund for Nature) das "Naturschutzgebiet Salemer Moor" und stellt in seiner Werbung darauf ab. Das Salemer Moor selbst bleibt dabei ein öffentliches Gut. Aus wissenschaftlicher Sicht ist weniger die Werbung als vielmehr die ökonomische Struktur hinter der Werbung von Bedeutung.

In diesem Beispiel erwirbt das Unternehmen das exklusive Recht, mit der Unterstützung dieses Naturschutzgebietes zu werben. Von diesem Recht können alle anderen ausgeschlossen werden, und deshalb besteht eine Rivalität in der Nutzung dieses Rechtes. Warum aber ist die Nutzung dieses Rechtes ein ökonomisches Gut? Ein ökonomisches Gut ist dadurch gekennzeichnet, daß zwischen einem Bedürfnis und den zur Verfügung stehenden Mitteln ein Defizit besteht. Es soll nun gezeigt werden, daß es sich hierbei um ein Wertedefizit handelt.

Nutzung der Werte-Dynamik

Die entscheidende Wende erfolgte für die Unternehmen in der Volkswirtschaft mit dem Wertewandel, beginnend Ende der sechziger Jahre. Konnte man bis dahin Absatzmaßnahmen noch als einseitige Steuerung der Konsumenten durch den Anbieter begreifen, so wurde das Unternehmen jetzt mehr und mehr zu einem offenen System. HEINZ DÜRR (noch als AEG-Vorstandsvorsitzender) formuliert das so:

„Unternehmen sind immer weniger isolierte Produkteinheiten, sondern mehr und mehr gesellschaftliche Institutionen.“

Mit den wachsenden ökologischen Problemen verlangen die Verbraucher von allen Herstellern umweltfreundliche Produkte, von der Herstellung über die Verwendung bis zur Entsorgung. Sie verlangen vom Hersteller aber auch, zunehmend Verantwortung bei der Lösung sozialer und ökologischer Probleme zu übernehmen. Viele Hersteller können dies mit ihren Produkten nicht leisten und suchen deshalb außerhalb ihres Tätigkeitsfeldes nach Möglichkeiten, sich im Wettbewerb zu profilieren. Das Beispiel "Salemer Moor" ist nur eines von vielen erfolgreichen Projekten des Naturschutzes, wobei die Idee des Sponsoring (Sport, Kultur) auf die Natur angewendet wird.

Markenartikel (Haushaltswaren, Nahrungsmittel) werden immer ähnlicher (materiell) und drohen in den Bereich von Massenprodukten abzusacken, wenn es nicht gelingt, privat-öffentliche Wertansprüche, die "über den Produkten" liegen, in die Markenprodukte zu integrieren (Abb.2).

Wenn öffentlichen Gütern also eine exklusive (Ausschlußprinzip) Ebene zugeordnet werden kann, und wenn es eine Nachfrage dafür gibt, woran scheitert dann noch der ökonomische Erfolg? Es liegt nahe, die mangelnden forstlichen Angebote dafür verantwortlich zu machen. Dies ist allerdings nicht nur eine Mentalitätsfrage, sondern ist vor allem in der Langfristigkeit der forstlichen Produktion begründet.

Die hohen Anteile der Eichenbestände im Alter von 100 Jahren, wie sie in der Bundeswaldinventur ausgewiesen sind, wurden zwischen 1880 und 1900 begründet. MANTEL (9) wies darauf hin, daß sie auf die großen Hoffnungen in den aufblühenden Bergbau und die damit verbundene Grubenholzverwendung zurückzuführen sind.

Nun hat uns die Fehleinschätzung jener Generation nicht geschadet. Anders wird die Begründung von Monokulturen in der Nachkriegszeit beurteilt, und wie sieht es mit den ökologischen Forderungen unserer Zeit in 100 Jahren aus, wenn das Meinungspendel vom Umweltschutz wieder zur Rohstoffversorgung zurückschlägt? Während es für Absatz- und Marketingstrategien reicht, den ökonomischen Erfolg eines oder mehrerer Jahre zu erhöhen, muß sich ein Forstwirt auch die Frage nach den Konsequenzen in 100 Jahren stellen.

Gerade aber die nachhaltige Erhaltung des Waldes zwingt dazu, dem Wald Ressourcen zuzuführen. Kostenkompensationen reichen dafür allein nicht aus und entsprechen auch nicht der wachsenden Bedeutung der Leistungen des Waldes. Kein Unternehmer kann auf Dauer davon leben, indem er seine Leistungen verbessert und die dafür entstehenden Kosten auf verschiedene Art und Weise immer nur neu berechnet. Erst die Umsetzung der Leistung in Produkte, d.h. die Umsetzung der Leistung in Nutzen, der für den Verbraucher Werte schafft, erzielt einen Preis. Wenn der Preis dafür an der Kostengrenze liegt, ist es gut; aber Unternehmen arbeiten nicht, um Geld zu wechseln. Erst die Chance auf Gewinne setzt jene Dynamik in Gang, die so entscheidend für erfolgreiche Zielerreichung ist.

Voraussetzung dafür sind Produkte, was ein breites Betätigungsfeld, insbesondere von vertragsrechtlichem Handeln, eröffnet bzw. erforderlich macht. Der Vertragsnaturschutz ist dabei ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Als passives Instrument und in seiner Orientierung an verlorenen Holzlösungen bzw. Kosten steht auch der Vertragsnaturschutz noch ganz in der Tradition produktionsorientierten Denkens.

Die allseits vertretene Ansicht, die "richtige" Entschädigung für Infrastrukturlei-

Wertschätzung der Waldfunktionen im Urteil von Bauherren und Architekten

Wie wichtig sind für Sie die folgenden Leistungen des Waldes?				
Anzahl	Bauherren 468		Architekten 303	
	sw	w	sw	w
Produktionsf.	11	48	16	50
Erholungsf.	73	21	66	25
Umweltf.	93	5	90	8

Antwortmöglichkeit: sw = sehr wichtig; w = wichtig; (weniger wichtig bzw. unwichtig hier nicht aufgeführt).

stungen habe sich an den entgangenen Erlösen aus der Holznutzung zu orientieren, kann ordnungspolitisch nur eine Ausnahme oder Zwischenlösung sein in Bereichen ohne andere Wertmaßstäbe. Dies ist zwar gegenwärtig in den meisten Bereichen der Fall, aber eben auch, weil der Weg über Produkte bzw. Produktveredlung bis zur Marktbewertung kaum gesucht wird. Dieser Zustand darf nicht einfach hingenommen werden.

Der Preis eines Gutes richtet sich nach der Wertschätzung der Nachfrager. Warum aber sollte deren Wertschätzung für Biotope, Wasserhaushalt und Erholungsleistung sinken, d.h. mit welcher Logik müßte man dafür plötzlich weniger aufwenden, nur weil ein Orkan 60 Mio m³ Holz geworfen hat? Genau das würde unter Beibehaltung der gegenwärtigen Denkstrukturen passieren, weil die Kalamitäten den Holzpreis über Jahre belasten. Dabei müßte der Preis steigen, weil, zumindest auf den betroffenen Flächen, das Angebot für Infrastrukturleistungen knapper geworden ist. Soweit ist noch gar nicht berücksichtigt, daß die Nachfrage nach Infrastrukturleistungen kontinuierlich wächst und zwar völlig unabhängig vom Holzpreis.

Dieses Beispiel macht deutlich, wie dringend erforderlich es ist, in der Forstpolitik ordnungspolitisches Denken stärker in den Vordergrund zu rücken.

Ordnungspolitik

Der politische Druck, der auf der Forstwirtschaft lastet, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Verbindung zwischen Leistungserstellung und Nachfragern kaum existiert. Der Nachfragesog ist bei den Infrastrukturleistungen weitaus größer als bei der Holzproduktion, aber er äußert sich mangels Angebot nur politisch und nicht ökonomisch.

Die große Wertschätzung der Erholungs- und Umweltfunktion (s. Tab.) von Zielgruppen, die auf die Holznutzung angewiesen sind (Bauherren und Architekten), war zwar zu erwarten, wurde aber mit der Befragung (6) empirisch nachgewiesen und war in dieser Ausprägung doch eine

Überraschung. Vor allem die Umweltfunktionen werden mit über 90 % als "sehr wichtig" eingestuft. In der Gesamtbevölkerung kann die hohe Wertschätzung der Umweltleistungen nur noch eindeutiger ausfallen.

Diese positive Wertschätzung kann nur erhalten bleiben, wenn der Wald in seiner gesamten Leistungsvielfalt erhalten wird und das heißt, wenn die Forstwirtschaft genügend Mittel zur Verfügung hat, um diese Aufgabe zu erfüllen. Dazu müssen sich aber grundlegend Verhaltensweisen in der Forstwirtschaft ändern. Das folgende Beispiel soll dies exemplarisch verdeutlichen:

Aufgrund der platzgreifenden Zivilisation flüchten sich die noch überlebenden Exemplare einer Vogelart in die noch verbliebenen intakten Regionen (abgelegene Waldgebiete). Gesellschaftlichen Gruppen entgeht es nicht, daß diese Art vom Aussterben bedroht ist, und sie fordern die Einstellung jeglicher holzwirtschaftlichen Nutzung dieser abgelegenen Waldregionen. Auch wenn die überwiegende Mehrheit der Waldbesitzer dies unterstützt, bleibt die entscheidende Frage:

Wer bezahlt das von uns allen verursachte Problem?

Statt dessen beschäftigen sich weite Kreise der Forstwirtschaft nur mit der Frage:

Wie läßt sich auch dieses Problem in die Nachhaltigkeit integrieren?

Damit aber hat man es geschafft, die gesellschaftlichen Kosten, die dort zu internalisieren wären, wo sie entstehen, bei sich selbst zu internalisieren. Und da die Forstbetriebe ohnehin schon an der Grenze ihrer wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit stehen, werden sie auch nicht die Mittel haben, tatsächlich alle Maßnahmen einzuleiten, die notwendig wären, um das Überleben der seltenen Vogelart zu gewährleisten, womit bewiesen wäre, daß die Forstwirtschaft am Aussterben dieser seltenen Vogelart "schuldig" ist.

Dieses Beispiel erläutert vereinfacht, aber sehr eindringlich die Problematik gegenwärtiger Denkstrukturen.

Warum fällt die notwendige gedankliche Neubestimmung so schwer und warum übertrifft man sich in zahlreichen Definitionen, was alles noch in die Nachhaltigkeit und in den naturnahen Waldbau zu integrieren ist?

Die Ursache scheint auch hier in dem, eigentlich sehr begrüßenswerten, "waldnahen" Denken zu liegen. Umweltkonflikte sind für die Forstwirtschaft zunächst natürliche Konflikte des Ökosystems. Dabei erkennt man zwar noch, daß sie durch menschliches Handeln verursacht sind, erkennt aber nicht, daß es bei den Debatten um ihre Beseitigung bzw. Reparatur, nicht um waldbauliche Konzepte geht, sondern zunächst um einen gesellschaftlichen Verteilungskampf. Bei diesem Verteilungskampf wird versucht, die an anderer Stelle entstandenen Kosten oder Kon-

sequenzen einem Dritten aufzuladen. Mit waldbaulichen Konzepten allein wird man dieser Entwicklung immer nur hinterherlaufen. Benötigt wird eine Strategie für den politischen Verteilungskampf, die dann ohne waldbauliche Konzepte selbstverständlich auch nicht auskommt.

Es kann nicht Sinn und Zweck des Nachhaltigkeitsprinzips sein, die Forstwirtschaft auf immer wieder neue Arten zum Lastenträger dieser Entwicklung zu machen und das auch noch durch die Forstwirtschaft selbst zu bewirken. Nachhaltigkeit ist kostenrelevant. Es geht nicht darum "naturnahen" oder "naturgemäßen" Waldbau zu verhindern, sondern durch die Verstärkung des ökonomischen Anreizsystems weitaus mehr davon zu erreichen, als einfaches Verordnungsmanagement mit verärgerten Waldbesitzern jemals erreichen wird.

Wer die ökonomischen Zusammenhänge übersieht oder auf Holznutzungskompensationen reduziert, wird langfristig weitaus weniger erreichen als Nachhaltigkeit erreichen kann. Ethisches und ökonomisches Handeln sind nicht zu trennen, weil rational begründete Normen als Handlungsprinzipien nur sinnvoll sind, wenn sie auch durchführbar sind und zwar nicht im theoretischen Sinne, sondern in einem praktischen ökonomischen Sinne (8).

Die Forstwirtschaft hat mit den Handlungsprinzipien Nachhaltigkeit, Örtlichkeit und Vielfältigkeit einen Handlungsrahmen geschaffen und auch weitgehend umgesetzt, wie es kaum einem anderen Wirtschaftsbereich gelungen ist und dies zu einer Zeit, als andere noch weit davon entfernt waren, sich solchen Fragen zuzuwenden. Die Definition eines wirtschaftlichen Handlungsrahmens kann aber doch nur soweit gehen, daß sie festlegt, wie Schäden Dritter vermieden werden und die Existenz des Waldes langfristig gesichert wird.

Wenn eine solche Definition soweit geht, daß sie Kosten und Wünsche der Verbraucher oder gesellschaftlicher Gruppen in den eigenen Handlungsrahmen aufnimmt, so kann dies nur auf der Basis freiwilligen Eigentümerhandelns erfolgen.

Der häufigere Weg in unserer Gesellschaftsordnung sind private Verträge und Tauschakte. Damit wird vermieden, daß Wünsche ins Unermessliche steigen bzw. daß jene, an die solche Wünsche herangetragen werden, sie auch erfüllen können. Alles andere ist kontraproduktiv, weil es die Lücke zwischen Wunsch und Möglichkeit nur vergrößert.

Die Definition des forstlichen Handlungsrahmens ist so vorzunehmen, daß es den Anforderungen ethischer Konzepte entspricht. Von den "10 Geboten" bis zum

"kategorischen Imperativ" beschäftigen sich ethische Konzepte mit dem eigenen Handeln des Menschen: *"Handle so, daß die Prinzipien deines Handelns zu Prinzipien aller erhoben werden können."*

Ethische Konzepte verlangen nicht die Erfüllung bestimmter Zustände oder Forderungen anderer: *"Handle so, daß die Prinzipien deines Handelns die Probleme lösen, die andere verursachen."* Dies würde die Probleme nicht mindern, sondern vermehren, da die Verantwortlichkeit nicht beim Verursacher verankert ist.

Demgegenüber muß sich die Forstwirtschaft aber viel stärker als bisher den Problemen der Gesellschaft stellen, indem sie Leistungsangebote für die gesellschaftlichen Anforderungen bereitstellt. Brauchen wir eine jahrelange Debatte und möglicherweise noch einen Streit darüber, was "naturnaher Waldbau" in seinem Wesen ist? Oder brauchen wir nicht vielmehr Waldbaukonzepte, die Leistungsangebote für die vorhandene Nachfrage (Wasserhaushalt, Biotope, Erholung, Artenschutz, CO₂-Kompensationen) erarbeiten und der vorhandenen Nachfrage zum Erwerb anbieten?

Die Forstwirtschaft benötigt beides in Form einer Doppelstrategie: waldbauliche "Grundforderungen" für das eigene Handeln und waldbauliche "Produktkonzepte" für den vielfältigen gesellschaftlichen Bedarf.

Auf der einen Seite muß die Forstwirtschaft den Wald durch eine ethische Basis ihrer Handlungsprinzipien gegenüber der Gesellschaft abgrenzen, um nicht ihr Handeln jedes Jahr auf eine neue Ökowelle umstellen zu müssen; nichts wäre für den Wald schädlicher. Zum anderen muß sie sich im Sinne ökonomischer Angebote der ökologischen Nachfrage der Gesellschaft öffnen, um ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Dabei muß sie sich aber im Rahmen der ethischen Basis ihrer Handlungsprinzipien bewegen, was eine Definition von Nachhaltigkeit, Örtlichkeit und Vielfältigkeit in bezug auf das eigene Handeln voraussetzt. Dabei bedarf es einer klaren Trennung, was forstliches Handeln ist und was Folge gesellschaftlichen Handelns ist.

Die Entwicklung einer solchen Doppelstrategie setzt voraus, daß der forstliche Handlungsrahmen soweit definiert wird, daß das eigene Handeln Schaden von Dritten wendet und die Existenz des Waldes sichert. Zum anderen ist unternehmerische Initiative und gesellschaftliche Verantwortung gefordert, damit die Waldeigentümer das Leistungsvermögen des Waldes dem gesellschaftlichen Bedarf in Form von Produktangeboten im marktwirtschaftlichen Prozeß zur Verfügung stellen.

Forst- und Holzwirtschaft

Diese Doppelstrategie hat auch Konsequenzen für die Holzwirtschaft. Sie kann dazu führen, daß auf größeren Flächen die Waldbesitzer waldbauliche Konzepte als Produktkonzepte veräußert haben, die die holzwirtschaftliche Nutzung einschränken oder gar ausschließen. Die Holzwirtschaft hat dennoch allen Anlaß, eine solche Strategie zu unterstützen.

Hierfür spricht vor allem, daß die Holzwirtschaft gute Chancen hat, sich im ökonomischen Konkurrenzkampf zu behaupten. Wenn der Schutz des Waldes und die ökologische Nachfrage der Gesellschaft sich nur auf der politischen Ebene abspielt, hat die Holzwirtschaft nur eine geringe Chance, sich durchzusetzen.

Gegenwärtig ist zudem das Problem der Verwendung des Rohstoffes Holz (gerade in waldbaulicher Hinsicht) weitaus gravierender, als seine Bereitstellung. Holznutzung, Erholungswald, Biotope und Wasserwirtschaft gehören gleichermaßen zum Leistungsbild des Waldes. Ihre Harmonisierung ist nicht durch Sonntagsreden herbeizuführen, sondern durch ökonomisches Handeln, damit dem Wald wieder die Ressourcen zufließen, die für seine Erhaltung notwendig sind.

Noch bedeutender für die Holzwirtschaft ist jedoch die Tatsache, daß der Werkstoff Holz als Basis holzwirtschaftlicher Produkte nur dann gegenüber anderen Werkstoffen eine Chance hat, wenn der Wald im aktiven Sinne auch die infrastrukturellen Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllt. Dazu braucht die Forstwirtschaft künftig in gewaltigem Ausmaß wachsende Ressourcen. Die kann sie sich nur dort holen, wo auch die Bedürfnisse in entsprechendem Umfang wachsen. Dies ist im Bereich der Infrastrukturleistungen der Fall. Die Holzverwendung bleibt ein ganz wichtiger Bereich, aber die Dynamik der Abhängigkeiten ist längst in einem Prozeß der Umkehrung.

Literaturhinweise:

- 1) BRABÄNDER, H.D.: Produktionsorientierte oder absatzorientierte Forstwirtschaft? in: HZ 1992, Nr. 23, S. 365, 374.
- 2) DREES, H.: Möglichkeiten und Grenzen des Vertragsnaturschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Waldes, Forstarchiv 1991, S. 28-31.
- 3) JANSSEN, G.: Forstpolitische Aspekte einer ökologischen Ausrichtung der Forstwirtschaft in Niedersachsen, AFZ 1992, Nr. 11, S. 562-565.
- 4) MOOG, M.: Entscheidungsorientierte Bewertung der Belastungen durch Naturschutz-Vereinbarungen, HZ 1992, Nr. 90/91, S. 1418, 1420.
- 5) MOOG, M.: Vertragsnaturschutz im Wald, HZ 1992, Nr. 43, S. 690, 692.
- 6) MANTAU, U.: Umweltverträglichkeit des Holzes im Urteil der Verbraucher, Teil 1: Ein Vergleich mit anderen Baustoffen, HZ 1992, Nr. 11, S. 157-158, Teil 2: Die schwedischen Wälder aus Sicht deutscher Verbraucher, HZ 1992, Nr. 12, S. 181-182, Teil 3: Die Waldfunktionen - Chancen für den Holzmarkt? HZ 1992, Nr. 14, S. 240.
- 7) MANTAU, U.: Die "Vernetzung der Wertebenen", HZ 1992, Nr. 95, S. 1457, 1458.
- 8) MANTAU, U.: Die Leistungen des Waldes zwischen ökonomischem und ethischem Wertedanken, Forst und Holz 1992, zur Veröffentlichung vorgesehen.
- 9) MANTAU, K.: Wald und Forstwirtschaft, HZ 1974.
- 10) NIEMANN, H.: Vertragsnaturschutz im Rahmen einer Forstbetriebsgemeinschaft, HZ 1992, Nr. 46/47, S. 737.
- 11) NIESSLEIN, E.: Forstpolitik - Ein Grundriß sektoraler Politik, Pareys Studentexte Nr. 47, 1985.